

US-Bundesstaaten locken deutsche Firmen mit billiger Energie an

Bye-bye Germany

Flieft kein billiges Gas zu den Unternehmen, sind sie nicht automatisch insolvent, sie müssen dann aber aufhören zu produzieren. Das glaubt Wirtschaftsminister Robert Habeck. Was der Grüne nicht bedacht hat: Die Firmen können auch zum billigen Gas ziehen. Ging Abwanderung bisher Richtung Osten, droht jetzt Abwanderung in den Wilden Westen, wo Erdgas reichlich vorhanden und billig ist. Aktuell locken mehrere US-Bundesstaaten gezielt deutsche Unternehmer mit niedrigen Preisen und Steuern. Wie hoch diese wirklich sind, ist im Dickicht von Bundessteuern, lokalen Steuern, Subventionen, Mindeststeuern und Doppelbesteuerungsabkommen nicht so klar. US-Finanzministerin Janet Yellen erwägt kurz vor den Zwischenwahlen eine Erhöhung der Unternehmenssteuern auf 32 Prozent.



von **Thomas Kirchner**

„Für die deutsche Wirtschaft und die Steuereinnahmen bedeutet dies nichts Gutes.“

Erdgas kostet in den USA etwa ein Zehntel soviel wie derzeit in Deutschland, Strom etwas mehr als ein Viertel. Deutschland will Flüssigerdgas (LNG) ohne Rücksicht auf einen wettbewerbsfähigen Preis importieren, doch in einem exportorientierten Industrieland stellt sich bei zu hohen Kosten die Frage: Die Marktanteile der ausländischen Konkurrenz überlassen oder selbst im Ausland fertigen? Etwa 500 deutsche Unternehmen haben schon ihren US-Sitz in Georgia. In München und elf anderen Städten unterhält der republikanisch regierte Ostküstenstaat eine Wirtschaftsvertretung. Atlanta ist nicht nur Sitz von Coca-Cola und CNN, sondern auch Standort des weltgrößten Flughafens.

Zwei Flugstunden westlich davon liegt Oklahoma. Dessen Gouverneur, Kevin Stitt, selbst einst Unternehmer, wirbt mit niedrigen Lebenshaltungskosten und billiger Energie: Oklahoma sitzt – wie der südliche Nachbar

Texas – auf riesigen Öl- und Gasvorkommen, die schon in präkolumbianischer Zeit genutzt wurden. Die amerikanischen Avancen stoßen auf offene Ohren. In einer Umfrage des Industrieverbands BDI gab ein Viertel der Firmen an, eine Verlagerung ins Ausland in Betracht zu ziehen. Doch für kleinere Betriebe, das bisherige Rückgrat der deutschen Wirtschaft, ist Abwandern keine realistische Option.

Und es sind nicht nur deutsche Unternehmen, die abwandern. Der von dem indischen Milliardär Lakshmi Mittal kontrollierte Stahlkonzern ArcelorMittal kündigte die Halbierung der Produktion in zwei deutschen Werken an – statt dessen expandiert das Werk in Texas. Das Wiedererstarken der US-Industrie aber liegt nicht nur an Europas Energiewende. Die Rückverlagerungen aus Asien begannen schon zur Zeit von Donald Trumps Handelskrieg und sie nahmen nach den Corona-Verwerfungen richtig zu. Der alte Industriegürtel im Nordosten profitiert davon zwar auch, aber in den US-Südstaaten ist die Dynamik spürbarer: Das weltweit größte BMW-Werk befindet sich in Spartanburg (South Carolina). In Georgia lagen Investitionen 2021 um 94 Prozent über dem vorherigen Höchststand, die Zahl neuen Arbeitsplätze lag 53 Prozent darüber. Kommt die Abwanderungswelle aus Deutschland in Schwung, könnte Georgia erneut Rekorde aufstellen.

Für die deutsche Wirtschaft und künftige Steuereinnahmen heißt das nichts Gutes. Unternehmen schicken zum Aufbau neuer Auslandsfilialen ihre erfahrensten Mitarbeiter. Haben die sich erst einmal eingelebt und an die deutlich höheren US-Gehälter gewöhnt, werden nicht alle wieder nach Deutschland zurückkehren. Somit wandern nicht nur die Firmen, sondern auch die Hochqualifizierten ab.



Christian Lindner (FDP), Bundesminister der Finanzen: Nur ein Teil der Wahrheit kommt ans Licht

Kreative Haushaltsführung

Finanzpolitik: Netto-Neuverschuldung schön gerechnet / Intransparenz auch auf EU-Ebene

DIRK MEYER

Wer soll das alles bezahlen und wovon? Erst Corona, dann der Ukraine-Krieg und die Sanktionen – die dreistelligen Milliardenpakete haben die Staatsfinanzen hart getroffen. Daher wird jetzt schön gerechnet. Hintergrund ist die von der FDP versprochene Wiedereinhaltung der Schuldenbremse ab 2023, zu der sich die Ampel 2021 im Koalitionsvertrag bekannte. „Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen“ – so heißt es schließlich in Artikel 109 des Grundgesetzes.

Die Neuverschuldung des Bundes darf daher nur bis zu 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) betragen – das sind für 2023 bei einem Haushaltsansatz des Bundes von 445,2 Milliarden Euro nur 17,2 Milliarden Euro. Nachdem für die Corona-Jahre 2020 bis 2022 die Schuldenbremse mit Verweis auf „Naturkatastrophen oder außergewöhnliche Notsituationen“ außer Kraft gesetzt wurde, soll sie 2023 wieder gelten. Deshalb waren die Etatplanungen auf eine Neuverschuldung von 17,2 Milliarden Euro zu trimmen. Und FDP-Fraktionschef Christian Dürr hat bei zehn Prozent Geldentwertung ein zweites Argument: „Eine Begrenzung der Staatsausgaben ist in Zeiten galoppierender Preise vor allem auch eine Inflationsbremse.“

Bundesrechnungshof kritisiert „budgetflüchtige“ Ausgaben

Doch Finanzminister Christian Lindner versucht sich in kreativer Buchführung, um alle Milliardenwünsche des Kanzlers und der Ministerkollegen zu erfüllen. Das geht aus einem aktuellen Bericht des Bundesrechnungshofs (BRH) an den Haushaltsausschuss des Bundestags hervor. Als parteiunabhängiges Organ der Finanzkontrolle hat die Bonner Behörde nicht nur die „gesamte Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes“, sondern auch die „Sondervermögen“ unter die Lupe genommen. Und da stellt der BRH „budgetflüchtige“ Ausgaben fest, die das dargestellte finanzielle Bild verzerren würden: Die tatsächliche Kreditaufnahme des Bundes sei vielmals höher als im Haushaltsgesetzentwurf ausgewiesen. Wie war das möglich?

Da ist erstens der Zugriff auf die Allgemeine Rücklage in Höhe von 40,5 Milliarden Euro. Sie entstand durch Etatüberschüsse in den Jahren 2015 bis 2019 von insgesamt 48 Milliarden Euro. Die Mittel wurden damals zur Abtragung der Bundesschuld genutzt, sind also gar nicht mehr vorhanden. Dennoch sind sie auf einem „Kontrollkonto“ als ei-

ne Art Kreditemächtigung ohne Verfallsdatum und ohne spätere Berücksichtigung in der Schuldenregel vermerkt. Daraus dürfen 2023 entsprechende Kredite gezogen werden – die Ampel macht also den fünfjährigen Schuldenabbau wieder zunichte. Für zukünftige Überschreitungen bleiben nur noch knapp acht Milliarden Euro übrig.

Zweitens wurde die Buchungsregel für Sondervermögen Anfang des Jahres geändert. Das sind Teile des Bundesvermögens, die zur Erfüllung einzelner Aufgaben des Bundes bestimmt sind, aber buchhalterisch abgedeckt vom Kernhaushalt geführt werden. Beispiele sind der Finanzmarktstabilisierungsfonds (2008) oder der Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) von 2020. Bei diesen Nebenatens wird eine zeitliche Vorverlagerung der Verbuchung für aufgenommene Kredite auf den Tag der Zuweisung vorgenommen – beispielsweise indem der Bundestag Kreditemächtigungen für zukünftige Jahre beschließt, ohne daß eine Schuldenaufnahme im Beschlußjahr erfolgt. Die Schuldenregel wird damit flexibilisiert.

Mithin fallen die in Vorjahren erfolgte Kreditverbuchung (Buchungsansatz) und die tatsächliche Kreditaufnahme in späteren Jahren (Kassenwirksamkeit) auseinander. Konkret betrifft es den Klima- und Transformationsfonds (9,3 Milliarden) und das Sondervermögen Digitale Infrastruktur (2,7 Milliarden), die 2023 nach Plan zwölf Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen werden, ohne daß dieser Betrag in die Netto-Neuverschuldung eingerechnet wird. Nicht berücksichtigen konnte der BRH auch den „Doppel-Wummus“ – die 200 Milliarden Euro für den „Abwehrschirm gegen die Folgen des russischen Angriffskrieges“, also die

Schulden für die Gas- und Strompreisbremse und die Beschaffung von Flüssigerdgas (LNG). Dafür erhalte der WSF „zusätzliche Kreditemächtigungen“, deren Realisierung auf die Schuldenbremse 2023/24 ebenfalls nicht angerechnet wird. Ein dritter, besonders kreativer Fall ist das Sondervermögen für die Bundeswehr. Hier werden zwei Kunstgriffe kombiniert: Im Juni wurde zunächst eine Sonderregelung ins Grundgesetz aufgenommen (Artikel 87a), die eine Kreditemächtigung für 100 Milliarden Euro erlaubt – ohne daß im Jahr 2022 eine Anrechnung auf die Schuldenregel erfolgt.

Weitere Milliardenausgaben mit Kollektivhaftung der EU-Staaten

Im Haushaltsplan 2023 werden hieraus 8,5 Milliarden Euro für Beschaffungen der Bundeswehr als Kredit geplant, ebenfalls ohne die offizielle Netto-Neuverschuldung zu tangieren. Aus dem „Sonderfonds Kultur“ von Staatsministerin Claudia Roth wurde vorerst nichts – die „rapide steigenden Energiekosten“ sollen zunächst mit Restmitteln des Sonderfonds für Kulturveranstaltungen ausgeglichen werden. Im Ergebnis beträgt die „echte“ Nettokreditaufnahme 78,2 Milliarden Euro und damit das Vierfache des regierungszeitigen Haushaltsentwurfs. Zwar verstoßen diese Buchungspraktiken gegen keine Gesetze. Jedoch werden – so auch der Bundesrechnungshof – die verfassungsrechtlichen Haushaltsgrundsätze wie Fälligkeit, Vollständigkeit und Jährlichkeit in Frage gestellt.

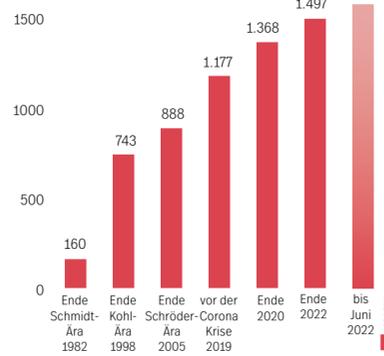
Aber auch das ist nur ein Teil der Wahrheit. Die EU hat seit 2020 Gemeinschaftsschulden aufgenommen, die in keiner nationalen Etatrechnung genannt werden, für die aber Tilgungsleistungen zugesichert, zumindest aber gemeinschaftliche Haftungsverpflichtungen gegeben wurden. Dies betrifft die EU-Kurzarbeiterhilfe SURE (100 Milliarden), den Corona-Plan NextGenerationEU (807 Milliarden) und eine EU-Makrofinanzhilfe für die Ukraine (neun Milliarden), die als Darlehen mit Kollektivhaftung (Quasi-Eurobonds) ausgegeben werden.

Bei einem Finanzierungs- bzw. Haftungsanteil von 24 Prozent für Deutschland können also erhebliche Lasten auf den Bund zukommen, sollte die EU diese Zahlungen nicht aus ihrem laufenden Budget leisten können. Im Bundeshaushalt sind diese Risiken nicht durch Eventualverbindlichkeiten abgebildet. „Wir erleben eine Zeitenwende“, so Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung am 27. Februar – laut Bundesrechnungshof offenbar auch in Sachen kreativer Haushaltsführung.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.
► www.bundesrechnungshof.de

Offizielle Staatsverschuldung

des Bundes in Milliarden Euro



Gerüchte um die Credit Suisse – droht ein neuer Lehman-Moment?

Retter riskieren Geldwert

Von **Thorsten Polleit**

Das Schlimmste, was einer Bank passieren kann, ist in Mißkredit zu geraten. Denn dann droht ihr, von den Kreditmärkten abgeschnitten zu werden. Im Extremfall ziehen die Kunden ihr Geld ab. Ein solcher „Bank Run“ kann das ganze Bankensystem erfassen. Deswegen wächst jetzt die Sorge um die Credit Suisse – mit einer Bilanzsumme von 727 Milliarden Franken ein Schwergewicht. Während das Management der Zürcher Großbank auf die solide Eigenkapitalbasis und Liquiditätsausstattung verweist, halten sich die Zweifel am Geschäftserfolg hartnäckig, wie der seit Jahresanfang um etwa 60 Prozent gesunkene Aktienkurs dokumentiert.

Die Erfahrung zeigt jedoch, daß nicht der Zusammenbruch des Bank- und Finanzsystems, das Schreckensszenario ist, mit dem Anleger zu rechnen haben, sondern viel wahrscheinlicher ist im Fall der Fälle die „Rettung“: Strauchelnde Banken werden von den Zentralbanken liquide gehalten. Und sollte den Geldhäusern das Eigenkapital ausgehen, springt der Staat ein: Die Zentralbank kauft neue Staatsanleihen und bezahlt sie mit neuem, aus dem Nichts geschaffenen Geld; und das neue Geld wird dann als Eigenkapital in die Bank eingezahlt.

Der Kollaps ist abgewendet, die Bank verstaatlicht. Die Politik der „Rettung ohne Rücksicht auf Verluste“ ist kein Einzelfall mehr. Vorige Woche entschied sich die Bank von England (BoE) plötzlich, ihre Wertpapierkäufe und damit die Politik der verstärkten Geldmengenausweitung fortzusetzen. Die rasant steigenden Zinsen hatten nämlich Pensionskassen in Schieflage gebracht und drohten zudem den Hypothekenmarkt aus den Angeln zu heben. Die BoE drückte daraufhin die Marktzinsen wieder nach unten – und die Botschaft lautete: Eher der Finanzsektor abstürzt, wird neues Geld geschaffen, um die Zahlungsfähigkeit der „systemrelevanten“ Akteure zu gewährleisten.

Wohin aber führt das? Die leidvolle Geschichte mit dem ungedeckten „Fiat-Geld“ zeigt, daß Regierende wie auch Regierte in der „Stunde der Not“ im Ausweiten der Geldmenge das kleinere Übel erblicken. Nach dem Motto: Lieber die Geldmenge erhöhen, als Rezession, Massenarbeitslosigkeit und Bankenpleiten zuzulassen. Das aber ist der sichere Weg in eine immer ungehemmtere Inflationspolitik, durch die Dollar, Euro, Pfund & Co. unbarmherzig entwertet werden.



JF TV

Markus Krall:
Krise oder Crash?

Wie schlimm trifft uns die Inflation?

jetzt auf jf.de/tv



Dr. Markus Krall,
Ökonom und Bestseller-Autor



Marco Pino
Chefmoderator JF-TV